
Nein zu Anpassungen der Krankenkassenprämien während des Jahres

Am 22. Februar dieses Jahres teilte die Krankenversicherung EGK ihren Tausenden von Versicherten mit, dass ihre Prämien auf den 1. Mai hin «angepasst» würden. Durchschnittlich beläuft sich diese Prämienhöhung auf 11 Prozent. Manche Versicherte müssen jedoch künftig 70 Prozent mehr bezahlen. Das Bundesamt für Gesundheit hat diese ausserordentliche Prämienhöhung genehmigt, ohne dass die Kantone darüber im Voraus informiert worden wären.

Einmal mehr zeigt sich damit, wie viel heute in der Grundversicherung im Argen liegt. Diese drastische Verteuerung kam zustande, nachdem die EGK nur wenige Monate zuvor sehr geringe Prämienhöhungen bekannt gegeben hatte und so einen Ansturm neuer Versicherter auslöste. Wie kann man ein System dulden, das solche Machenschaften möglich macht?

Der Mechanismus ist bestens bekannt: Ein Ansturm neuer Versicherter zwingt die Krankenkassen, ihre Reserven anzutasten, um die Kosten abzudecken, welche die neue «Kundschaft» verursacht. Daraufhin bekommen sie finanzielle Probleme und werden genötigt, ihre Prämien zu erhöhen. Dies wiederum hat zur Folge, dass ein Teil der Versicherten zu einer anderen Krankenkasse wechselt, diese in Schwierigkeiten bringt und ebenfalls zu einer Prämienhöhung zwingt. Es handelt sich um einen Teufelskreis; die Schlange beisst sich selbst in den Schwanz... Und die Zeche bezahlen einmal mehr die Versicherten. Sie müssen für diese Kosten aufkommen, welche nicht im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen stehen, sondern einzig und allein Folge des Systems und der Konkurrenz zwischen den Versicherern sind.

Es ist inakzeptabel, wenn das Bundesamt für Gesundheit eine derartige Anpassung gutheisst. Und es ist an sich schon unverschämt, von einer «Anpassung» zu reden, wenn manche Versicherte bis zu 70 Prozent mehr zahlen müssen.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr – falls es denn überhaupt noch nötig ist – wie wichtig und notwendig eine öffentliche Krankenkasse ist. Bis es jedoch soweit ist, muss verhindert werden, dass sich solche Vorkommnisse wiederholen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass **die SP Schweiz vom Bundesamt für Gesundheit fordern muss, künftig keine Prämienanpassungen im Jahr nach deren Publikation mehr zu genehmigen.**